

## Gift von der Airbase Spangdahlem: Wer zahlt den Schutz der Flüsse?



Unsichtbare Gefahr: Die PFT-Belastung ist dem Spangerbach nicht anzusehen. Idyllisch schlängelt sich das Flüsschen an Spangdahlem vorbei. FOTO: TV / Christian Altmayer

Spangdahlem. Die Gewässer rund um die Air Base Spangdahlem sind stark mit Chemikalien verunreinigt. Das ist seit langem bekannt. Jetzt verlangt die obere Wasserbehörde vom Bund, die Umweltschäden zu sanieren. Doch in Berlin ist man dazu offenbar nicht ohne Weiteres bereit. [Von Christian Altmayer](#)

PFT ist wie eine Krankheit. Ein unsichtbares Virus, das sich schleichend über Adern im Körper ausbreitet. Die Adern rund um den Flugplatz Spangdahlem sind die Dränagen und Abwasserrohre des US-Stützpunktes. Über diese Leitungen sind die sogenannten Perfluorierenden Tenside Tropfen für Tropfen in die Gewässer rund um den US-Stützpunkt gelangt. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) soll dies in Zukunft verhindern.

So fordert es eine Anordnung, die die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD-Nord) vergangene Woche erlassen hat. Kurz gesagt, verlangt die obere Wasserbehörde des Landes vom Bund die Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes für die Umweltschäden. Die Bima muss demnach „Maßnahmen“ entwickeln, die dazu dienen, die PFT-Belastungen in den Gewässern rund um den US-Stützpunkt Spangdahlem zu reduzieren. Vor allem geht es der SGD-Nord um den Linsenbach.

In diesem Flüsschen, das durch den Ort Binsfeld im Wittlicher Land fließt, wurden 2014 Werte von 2000 Nanogramm PFT pro Liter nachgewiesen. Es sind Tausendfach mehr Schadstoffe als ein Gewässer nach EU-Recht haben sollte. Doch noch immer gelangen die krebserregenden Tenside ins Wasser. Sie kommen, so glauben Experten, aus dem Regenauffangbecken im Süden der Air Base. Durch Niederschlagleitungen fließen sie nach wie vor in den Linsenbach. Diese

Einleitungen soll die Bima eindämmen. Das Ziel: Die Schadstoffkonzentration des Baches kurzfristig auf 50 Nanogramm pro Liter und langfristig auf einen nominell unbedenklichen Wert von 0,65 Nanogramm zu verringern.

Aber nicht nur um den Linsenbach soll sich die Bundesbehörde künftig kümmern, sondern auch um den Spangerbach und den Heckengraben bei Spangdahlem, den Weidesgraben und den Wachenbach bei Binsfeld, den Steigbach bei Dudeldorf und den Kailbach. Zunächst gelte es, für die Anstalt herausfinden, wie gravierend die Verunreinigung ist. Dann soll die Bima Wege finden, um die Chemikalien soweit aus dem Wasser zu bekommen, dass dort wieder ohne Bedenken geangelt werden kann.

Viel Zeit hat die Behörde dafür nicht. Die SGD-Nord erwartet noch dieses Jahr einen Plan, damit 2019 mit der Sanierung begonnen werden kann. Dabei trägt ja nicht die Bundesanstalt Schuld an den Umweltschäden. Das PFT stammt, wie man heute weiß, aus Löschmitteln der amerikanischen Feuerwehr. Jahrelang wurden offenbar große Mengen des belasteten Schaums versprüht, um Brände zu ersticken, aber auch um für den Ernstfall zu üben. Auch durch eine Reihe von Unfällen traten wohl erhebliche Mengen aus (der TV berichtete). Und mit der Zeit wurden und werden sie durch den Regen ins Umland gewaschen.

Doch wenn Einsatzkräfte der Air Force verantwortlich sind, warum soll dann die Bima die Kosten für die Sanierung tragen? Das Gelände, auf dem der US-Stützpunkt liegt, gehört zwar nach wie vor der Bundesrepublik, genauer: der genannten Anstalt. Aber nach dem Nato-Truppenstatut müssten die US-Streitkräfte die Verantwortung für von ihnen verursachte Umweltverschmutzungen auf ihren Liegenschaften selbst übernehmen. Das bestätigt auch ein Sprecher der Bima: „Die Amerikaner sind verpflichtet, die Altlasten auf eigene Kosten zu untersuchen und erforderlichenfalls zu beseitigen.“

Ob die Behörde deshalb Widerspruch gegen die Anordnung der SGD-Nord eingelegt hat? Über die genauen Gründe schweigt die Bima. Man wolle die Forderung des Landes eben noch einmal „angemessen prüfen“, schreibt der Sprecher auf TV-Anfrage. Danach werde entschieden, ob der Widerspruch aufrecht erhalten oder zurückgenommen wird.

Auch den Binsfelder Umweltaktivisten Günther Schneider ärgert es, dass nun der Bund für die Verunreinigungen gerade stehen soll: „Wir müssen die Kosten dafür übernehmen, was die versaut haben.“ Er fragt sich, warum die Amerikaner nicht zur Kasse gebeten werden: „Stehen sie außerhalb des Gesetzes?“

Dass die Anordnung etwas bewirken könnte, glaubt Schneider trotzdem. Die SGD-Nord habe mit ihrem Ultimatum an die Bima bewiesen, dass sie die Sanierung wirklich vorantreiben will. Es sei durchaus möglich, dass man durch technische Maßnahmen die Belastung der Flüsse und Weiher wieder reduzieren könne, meint Schneider. Viel gefährlicher sei aber, was sich unter der Erde abspiele.

Der Binsfelder glaubt nämlich, dass das Umweltgift längst durchs Grundwasser fließt und sich so in der gesamten Eifel verbreiten könnte. Das würde bedeuten, dass

selbst tiefe Trinkwasserbrunnen nicht so sicher sind, wie Verwaltungen seit Jahren behaupten. Bislang gibt es für diese Theorie keine Beweise.

Für die SGD-Nord ist die Anordnung nur der erste Schritt. Geplant ist, dass sich ab 2019 auch die Wasserrechte für den Flugplatz ändern. So werde derzeit nach Möglichkeiten gesucht, die Technik der Rückhaltebecken zu verbessern. Die Idee: Die Abflüsse der Behälter könnten sich nach Wettervorsagen richten und so Überschwemmungen verhindern. Ob ein solches System auf der Air Base umsetzbar ist, werde derzeit geprüft.

Kommentar

### **Nicht auf Zeit spielen**

**Von Christian Altmayer**

Steter Tropfen verunreinigt den Fluss. Das weiß man auch bei der SGD-Nord. Doch endlich geht die Umweltbehörde einen Schritt Richtung Sanierung. Sie fordert vom Bund ein Konzept für die belasteten Bäche – und das schnell. Es ist auch höchste Zeit, dass es losgeht. Dass die Gewässer voller PFT sind, ist immerhin seit Jahren bekannt. Jetzt sollte der Bund auch mitspielen. Allzu oft sperren sich die obersten Behörden ja gegen Forderungen der Kommunen oder der Länder. So weigerte sich die Bma etwa auch, die Kosten für die Entsorgung verunreinigten Klärschlammes auf dem Bitburger Flugplatz zu übernehmen. Und auch hier agiert der Bund taktisch.

Es wird Widerspruch eingelegt, das Verfahren wird geprüft. Letztlich wird hier nur auf Zeit gespielt, die ohnehin davon läuft. Denn je länger die Sanierung aufgeschoben wird, desto schlimmer wird der Zustand der Gewässer.